Ressort: Politik

Bundesregierung verschiebt Gesetzesvorhaben zur Videoüberwachung

Berlin, 17.01.2013, 20:39 Uhr

GDN - Die schwarz-gelbe Bundesregierung will das umstrittene Gesetz zur Videoüberwachung am Arbeitsplatz noch einmal beraten. Ende Januar solle es dazu ein Gespräch zwischen CDU und FDP geben, bestätigten Vertreter der Regierungsparteien einen Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Eigentlich hatten sich die Fachpolitiker nach jahrelangem Ringen bereits auf einen Gesetzentwurf geeinigt. Darin ist unter anderem ein vollständiges Verbot der heimlichen Videoüberwachung in Betrieben vorgesehen. Erleichtert werden dagegen offene Kamerabeobachtungen. Gegen diesen Gesetzentwurf hagelte es Kritik von Gewerkschaften und Arbeitgebern gleichermaßen, ebenso von SPD, Grünen und der Linkspartei.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-5991/bundesregierung-verschiebt-gesetzesvorhaben-zur-videoueberwachung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619